

21. März 2020 - 04. Apr

READ IT - Bitte lesen -

Inform your friends - Inf

Freunde

AUSGANGSSPERRE

Die Strafe ist 2 Jahre o

STAY AT HOME Don't le

The penalty is:

€ 25.000

il 2020

ormieren Sie Ihre

oder 25.000 €

leave it.

Ausgangssperre

Der Umgang der Behörden mit Geflüchteten in der Corona-Pandemie und deren Versagen zeigt: Der Virus macht eben doch nicht alle gleich. Von Stephan Dünwald

Denken wir an Systemrelevanz, dann hören wir das Beklatschen von Pflegekräften und von Müllarbeiter*innen oder auch das geldarme Lob, das Politiker*innen diesen Menschen in den letzten Monaten zollten. Und natürlich, der Dank gebühre auch den Behörden und Hilfsorganisationen, die all das regelten, was nun in Zeiten von Corona nötig sei. Denn die Aufrechterhaltung der Ordnung ist von besonderer Bedeutung in Momenten der Krise.

Auf der anderen Seite des Zaunes, des Bettgitters oder des Behördenschreibtisches sitzen dann all die, welche ihre „Relevanz“ eingebüßt haben oder nie hatten: Alte, Kranke, Hartz-IV-Empfänger*innen, Wohnungslose und eben Geflüchtete. Sie sind gewissermaßen zu viel und zu viele. Entbehrlich, überflüssig, unnütz, Abfall. Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman hat diese Unterscheidung konstituierender Gedankengänge luzide in seinem Buch *Verworfenes Leben* nachgezeichnet. Dieser Ausgrenzung steht die Behauptung entgegen, welche von Madonna bis zum Psychologen Stephan Grünewald, Mitglied in Armin Laschets Corona-Expert*innenkommission, von vielen derzeit postuliert wird: Das Virus eine alle, vor dem Virus seien alle gleich.

Das Land bewegt sich im Krisenmodus. Die Krise verlangt, dass wir gemeinsam dagegen angehen. Dieses Gemeinsame – oder wenigstens der Appell der Gemeinsamkeit – suggeriert eine Gleichheit, und ein temporäres Suspendieren von Unterschieden, wie es sonst nur dem Tod zugeschrieben wird. Alle seien wir den gleichen einschränkenden Regeln unterworfen und wir müssten, so wird besonders mit Blick auf das Tragen der Maske an uns appelliert, aufeinander

aufpassen. Niemand dürfe ausscheren, niemand vernachlässigt werden.

Aber ganz so einfach ist es nicht. Neben diesen Signalen der Gleichheit und Solidarität treten mit Corona auch Differenzen zutage: Reisen ins Ausland, beziehungsweise die Rückkehr von denselben, werden generell als riskant betrachtet. (Arbeits-)Migrant*innen und ihre Mobilität erhöhen das Risiko von Ansteckung und Verbreitung, so wird befürchtet. Grenzen werden geschlossen, denn die Verbreitung des Virus und der Kampf dagegen ist auch ein

Wettbewerb der Nationen. Es mag deutlich geworden sein, dass unternehmerische Profitgier Schuld trägt an den Corona-Ausbrüchen unter Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft und Fleischindustrie, nicht die Nachlässigkeit der Arbeitenden. Dennoch bleibt ein Verdacht an den Geflüchteten und den

Migrant*innen haften: Wer unterwegs ist, sei gefährlich. Der Schutz der Einheimischen und der von Einwander*innen wird trotz allem nicht mit der gleichen Elle gemessen.

Die Behörde, Corona und die Geflüchteten

Wie die Pandemie alles in Bewegung versetzt und doch vieles gleich bleibt, wird besonders deutlich am Verhalten der Behörden gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung zu Beginn des Lockdowns war die Vermittlung von Informationen. Migrant*innen und Geflüchtete hätten, weil sie ja in gleicher Weise vom Virus betroffen sind, auch gleichwertige Informationen erhalten müssen. Weil viele nicht ausreichend Deutsch sprechen oder lesen können, hätten Übersetzungen

*Wer unterwegs ist,
gilt als gefährlich*

angefertigt und Audio-Nachrichten bereitgestellt werden müssen. Es hätte auch einen Ort geben müssen, wo diese Informationen abgerufen werden können.

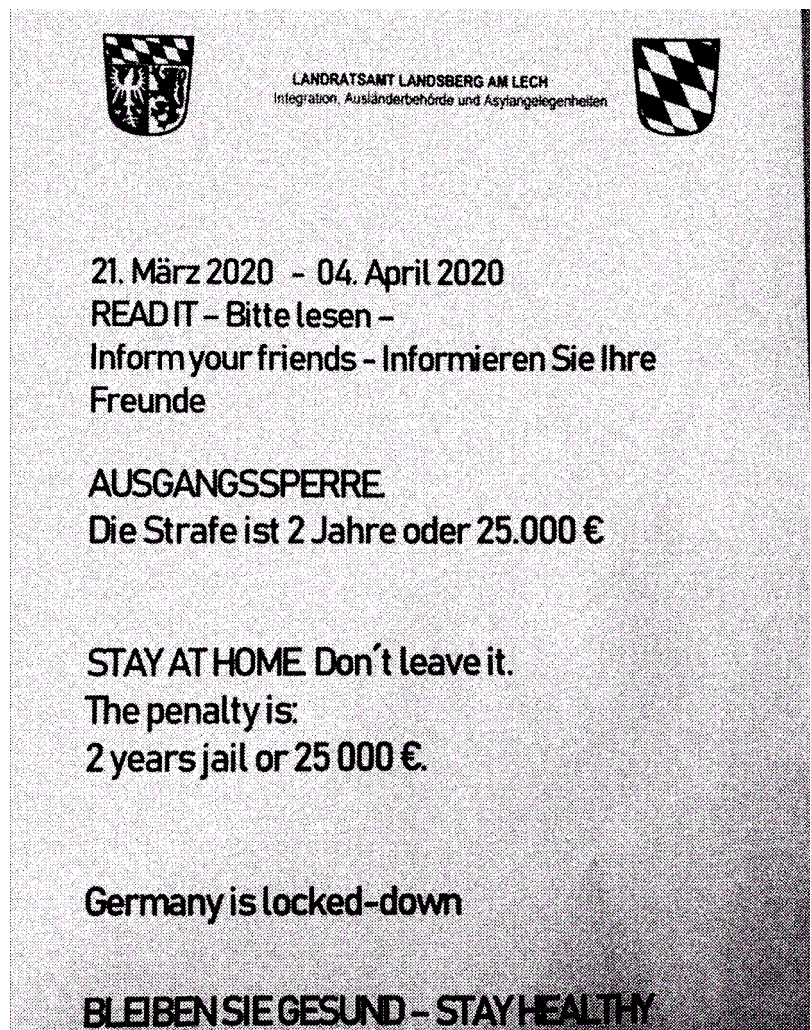
Eine Anfrage des *Bayerischen Flüchtlingsrates* (BFR) per E-Mail an die Bayerische Integrationsbeauftragte mit Fragen hierzu wurde eine Woche später beantwortet – jedoch vom Innenministerium. Verwiesen wird auf Informationen in fünf Sprachen (darunter auch Türkisch und Serbo-Kroatisch) beim Bundesgesundheitsministerium. Vierzehn Tage später gibt es diese und weitere Infos in einer Reihe von Sprachen auch auf der Website der Bayerischen Integrationsbeauftragten Gudrun Brendel-Fischer (CSU). Effizienter erwies sich für den BFR letztendlich, auf eigene ehrenamtliche Übersetzungen zurückzugreifen und diese über die eigene Website zu verbreiten. Das Innenministerium hat in der Zwischenzeit einen Infobrief mit wesentlichen Neuerungen in den Pandemie-Regeln verfasst, der explizit auch an die Unterstützerorganisationen von Geflüchteten gerichtet ist. Ein Novum für das Innenministerium, das sonst eher mit den Ausländerbehörden kommuniziert (wenngleich der Erkenntnisgehalt mit jedem neuen Infobrief sinkt). Es bewegt sich also was, aber das Ross der Behörden bleibt hoch.

Lockdown

Diese Diskrepanz zeigt sich vor allem im Umgang mit Geflüchteten in Unterkünften. Dass das hohe Ross der Behörden mitunter eher ein Esel ist, bewies die Ausländerbehörde des Landratsamts Landsberg am Lech. Diese entwarf zu Beginn des Lockdowns einen Zettel, den sie an Zaun und Türe einer Unterkunft aufhing, überschrieben mit den Worten „READ IT – Bitte lesen“. Darunter in Versalien: „AUSGANGSSPERRE“ gefolgt von „Die Strafe ist 2 Jahre oder 25.000 €.“ Man mag es nachvollziehen können, dass die Behörde kurz und in einfacher Sprache informiert. Dass aber dieser Aushang zu kurz geraten ist, hätte man sich auch in Landsberg am Lech denken können. Ein Foto dieser Bekanntmachung macht die Runde und Geflüchtete aus Bad Tölz informierten uns. Sie sind verunsichert, wissen nicht was diese Ankündigung heißen soll. Werden jetzt alle Geflüchteten bestraft, die zur Arbeit gehen oder zum Deutschunterricht? An einem Sonntag erreichen wir endlich den Pressesprecher des Landsberger Landratsamtes. Der fährt daraufhin persönlich zur Unterkunft und nimmt den Zettel ab.

Wenn sich ein solches Verhalten auf die Kommunikation mit Geflüchteten beschränken würde, wäre das schlimm genug. Vernachlässigung, Gedankenlosigkeit, Wurstigkeit, vielleicht auch die Überzeugung, dass man für die Menschen in den Unterkünften nicht viel machen müsse, dominieren das Verhalten der Behörden – nicht aller Behörden, wohlgemerkt. Aber dass es hier und da besser läuft, macht die schlechte Behandlung Geflüchteter woanders noch deutlicher und offenkundiger.

Der BFR appelliert öffentlich an die Staatsregierung, Geflüchtete aus den großen Unterkünften herauszuholen und sie stattdessen dort unterzubringen, wo der Lockdown alles zum Erliegen gebracht hat: in Hotels, Jugendherbergen oder Schullandheimen. Es geht darum, die Situation zu entschärfen. In den Unterkünften leben manchmal Hunderte Personen auf engstem Raum, sie müssen sich Küchen und sanitäre Anlagen teilen, kommen in den engen Fluren nicht aneinander vorbei. Irgendwann im Frühjahr jedoch müssen die Verantwortlichen beschlossen haben: Nein, Geflüchtete bleiben in großen Massenunterkünften.



Der Flüchtlingsrat verklagte daraufhin die Bayerische Staatsregierung und die zuständigen Bezirksregierungen. Sie sollen Verhältnisse schaffen, die es Geflüchteten ermöglichen, sich selbst zu schützen und den Auflagen staatlicher Verordnungen Folge zu leisten. Die erste Antwort der Staatsanwaltschaft München liest sich wie ein Witz. Diese sei zuständig für die Bearbeitung der Anzeige, aber Corona-bedingt könne sich das verzögern. Kurz darauf wird das Infektionsschutzgesetz geändert, es folgt Mitteilung Nummer zwei: Aufgrund dieser Änderung würde der Gegenstand unserer Anzeige von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft. Die betreffenden Behörden würden informiert. Eine Umfrage, initiiert vom BFR, ergibt jedoch, dass bis mindestens Mitte Oktober keine Behörde informiert worden sei.

All dies steht im deutlichen Gegensatz zur Rhetorik der Dringlichkeit, Notwendigkeit und Alternativlosigkeit bestimmter Maßnahmen. Und auch im Gegensatz zu den zahlreichen

Appellen an die Bevölkerung, den behördlichen Regeln zu folgen und Einsicht zu zeigen. Im Umgang mit Geflüchteten in Zeiten der Pandemie wollen sich die Verantwortlichen nicht in die Karten schauen lassen. Sie verfolgen den Ansatz: so wenig Aufwand wie möglich.

Quarantäne

Die Entscheidungen über die Verhängung von Quarantänen zeigen deutlicher als alle anderen Maßnahmen, wie Geflüchtete während der Pandemie behandelt werden. Häufig sind es sogenannte Krisenstäbe vor Ort, die das gesamte Corona-Geschehen beobachten und lokale Maßnahmen anordnen – bei Infektionsfällen eben auch gegenüber den Bewohner*innen von Unterkünften für Geflüchtete. In diesen Krisenstäben sitzen nicht nur die Kommunen, Landratsämter oder Bezirksregierungen, sondern häufig auch Gesundheitsämter, Feuerwehr oder das *Technische Hilfswerk*. Die Vielzahl an Akteur*innen macht es oft völlig unvorhersehbar, wie sensibel und reflektiert die Behörden mit Geflüchteten umgehen. In der Regel aber eher nicht sensibel und auch nicht reflektiert. Und das Gespräch mit den Betroffenen wird meist auch nicht gesucht.

Rosenheim

Über Ostern wurde bekannt, dass erst eine, dann zwei weitere, schließlich noch eine vierte Unterkunft in Rosenheim unter Quarantäne gestellt wurden. Das Schema lief, will man der Presse glauben, immer gleich ab: Ein Großaufgebot polizeilicher Einsatzkräfte mit Helmen und Hunden umringt eine Unterkunft, eine Firma stellt einen Bauzaun rings um die Unterkunft auf, dann übernimmt die Polizei oder eine private Wachfirma die Kontrolle über das Gebäude, sodass niemand mehr ungesehen rein oder raus kann. Wo das Essen nicht schon vorher von Catering-Firmen geliefert wurde, wird jetzt darauf umgestellt. Die

Behörden halten sich zudem für besonders verständig, weil sie nicht einfach die Türen abschließen, sondern zwischen Gebäude und Absperrgittern ein bisschen Platz lassen, damit die Bewohner*innen auch mal Luft schnappen können.

Sonst passiert nichts. Infizierte werden verpflichtet, ihr Zimmer nicht zu verlassen, Kontakt-

personen, wenn sie identifiziert werden können, ebenfalls. Aber was innerhalb der Unterkunft passiert, scheint sekundär. Hauptsache: Keiner kommt raus aus dem Camp. Zwar gab es Proteste seitens einiger Stadträt*innen, aber es sollte bis Mitte Mai und mehrmalige Verlängerungen der Quarantäne dauern, bis erstmals Personen von Rosenheim weg verlegt wurden.

Geldersheim

Ein solcher Umgang mit Geflüchteten ist keineswegs eine oberbayerische Spezialität. Im unterfränkischen Ankerzentrum Geldersheim bei Schweinfurt wurden 600 Personen unter Quarantäne gestellt, erst zwei Wochen, dann vier, dann sechs, dann acht. Niemand durfte das Camp verlassen, es sei denn, er war infiziert und wieder gesundet. In Geldersheim, wo rund 600 Bewohner*innen in Gebäuden leben, die für 1.400 Personen ausgelegt sind, gibt es verhältnismäßig viel Platz. Infizierte und Kontaktpersonen werden, anders als in Rosenheim, in abgesonderte Bereiche verlegt. Trotzdem kommt es auch hier immer wieder zu neuen Infektionsfällen.



***Zwei Wochen Quarantäne,
dann vier,
dann sechs,
dann acht***

Landshut

Das gleiche Spiel in Landshut, Hauptstadt des Regierungsbezirks Niederbayern. In der Unterkunft Porschestraße treten die ersten Infektionsfälle auf. Sie werden mit ihren Familien nach Hengersberg in eine Unterkunft gebracht, die vorher geräumt worden war. Auch hier dürfen nur diejenigen Personen wieder raus, die nachgewiesen den Krankheitsprozess durchlaufen haben. Das hat den Effekt, dass die Unterkunft in Hengersberg schon nach wenigen Wochen nicht mehr ausreicht für all die Menschen, die in Quarantäne geschickt werden. Inzwischen ist Corona auch in der zweiten, wesentlich größeren staatlichen Unterkunft ausgebrochen. Hier wird kurzerhand der Beratungstrakt leergeräumt und mit Infizierten belegt. Eine Kontrolle der Trennung von Infizierten und Nicht-Infizierten erfolgt nur rudimentär. In einem der drei Gebäude kommt es zu einem Aufruhr, weil eine infizierte Person den obersten Stock verlassen hat und eine Etage weiter unten auf die Toilette geht. Einige besonnene Geflüchtete konnten die anderen beruhigen. Mit etwas Pech wäre die Situation eskaliert.

Es braucht wenig Phantasie, sich die Belastung und Anspannung unter Quarantäne vorzustellen. In vielen Fällen teilen sich Familien ein Zimmer. Unter Quarantäne werden die Bewohner*innen meist per Catering versorgt. Es nützt nichts, sich über Qualität, Geschmack oder Menge der Versorgung zu beschweren, es ändert meist nichts an der Tatsache. So etwa im Landkreis Landshut: Eine kleine Unterkunft wird wegen eines Corona-Falls geschlossen. Den Bewohner*innen werden ein paar Kartons Lebensmittel und Wasser vor die Türe gestellt. Viel zu wenig, unbrauchbar. Beschwerden der Bewohner*innen erreichen Ehrenamtliche. Die drohen der Behörde mit Eingreifen und der Presse. Erst dann kommt jemand, erstellt eine Einkaufsliste und besorgt die gewünschten Lebensmittel in ausreichender Menge.

In den Unterkünften in Landshut wird mit großer Verzögerung auch begonnen, Personen mit erhöhten Risiken zu identifizieren. Besonders geschützt werden sie dadurch noch lange nicht. Aber man beginnt, Kontaktpersonen in Pensionen einzuquartieren, auch besondere Risikopersonen werden so isoliert.

Manifestation der systemischen Irrelevanz

Betrachtet man das Behördenhandeln, so ist man erstaunt, dass ganz grundlegende Entscheidungen viele Wochen dauern. Etwa die Identifizierung von Risikopersonen oder die Separierung von Infizierten

und Kontaktpersonen von anderen Bewohner*innen. Lernprozesse – wenn überhaupt – finden in Zeitlupe statt. Auf Nachfragen heißt es: Alles Notwendige wird gemacht. Wenn man aber nachschaut oder sich bei den Geflüchteten nach dem Stand der Dinge erkundigt, muss man feststellen: Entgegen der Aussagen der Behörden gibt es in der Unterkunft keinen einzigen Seifenspender, geschweige denn Papierhandtücher, Desinfektionsmittel oder Mund-Nase-Masken. Neben einer wohl nicht zu Unrecht unterstellten Überforderung der Behörden muss hier ein gehöriges Maß an Indifferenz und Gedankenlosigkeit gegenüber den Geflüchteten angenommen werden, sonst wären all diese Versäumnisse, gerade in ihrer Häufigkeit und Schwere, nicht zu erklären. Insbesondere die mangelnde, oft tagelang versäumte Separierung Infizierter lässt sich nur damit erklären, dass, eine Durchseuchung der Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften durchaus in Kauf genommen wird – auch wenn eine Vorsätzlichkeit gelegnet wird.

Und die zweite Welle? All diese hier beschriebenen Beobachtungen beziehen sich auf die Monate April bis Juni 2020. Im Oktober wurden die ersten Unterkünfte wieder unter Quarantäne gestellt, dann häufte sich die Zahl, die Ankerzentren Deggendorf, auch Geldersheim. Alles wie gehabt. Ein Infektionsfall reicht, um eine Unterkunft von 200, 300 oder 600 Personen abzuriegeln. Auch heute ist es noch nicht möglich, sich zeitnah eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, dass man selbst unter Quarantäne gestellt wurde und deshalb seinen üblichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. So gehen Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren und die Schule verbucht Fehltag. Die Behörden bleiben überfordert, sie haben offenbar nichts gelernt.

Die Irrelevanz von Geflüchteten im gegenwärtigen Diskurs zeigt sich auch daran, dass die erhebliche Gefährdung von Bewohner*innen in den Unterkünften öffentlich quasi nicht debattiert wird. Die Medien berichten zwar vereinzelt, aber die Regierungen und Landratsämter sehen keinen Handlungsbedarf. Denn Verbesserungen, wie etwa die Verlegung Geflüchteter in kleinere Unterkünfte oder Wohnungen, selbst Schullandheime, kosten Geld. Die Bilanzen dieser Krise werden zeigen, dass der Staat für alles Geld hatte, aber nicht für Geflüchtete. Sie werden, mit Zygmunt Bauman, als überflüssig erachtet, Ausschuss, Abfall in der großen Maschine einer nicht immer sozialen Marktwirtschaft.<

Stephan Dünnwald
*ist Ethnologe und
arbeitet beim Bayer-
ischen Flüchtlingsrat*